V1-002 Sicherheitspolitik als existentielle Herausforderung begreifen – linke Perspektiven stärken!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 27.04.2025

Änderungsantrag zu V1

Von Zeile 1 bis 5 löschen:

Infolge der neuen Koalition auf Bundesebene, dem veränderten Sicherheitsdiskurs im Zuge der bedrohlichen ~~weltpolitischen~~ Lage und der Debatte über eine allgemeine Dienstpflicht fordern wir den Landesverband der GRÜNEN JUGEND Niedersachsen auf, ~~verteidigungs- und~~ sicherheitspolitische Themen in unserem Verband zu stärken und inhaltlich für alle Mitglieder aufzubereiten. Gegen das

Von Zeile 10 bis 15:

- Desinformationen und zur Befähigung unserer Mitglieder, Populismus und Spaltung solidarisch entgegenzuwirken. ~~Auch externe Akteur*innen und NGOs können dabei als Unterstützung dienen. Die veränderte weltpolitische Lage, das komplexe Gefüge des hybriden Krieges Russlands, die differenziert zu betrachtende, Die~~ sicherheitspolitische Situation im Innland und Verteidigung als gesamtstaatliche Aufgabe sollten dabei Thema sein.

Von Zeile 19 bis 22:

- ~~Zusammenarbeit~~ Austausch mit sicherheitspolitischen Akteur*innen: Zur Stärkung ~~des~~ unseres Wissens ~~und des Dialogs mit Betroffenen und Engagierten~~ ist der Austausch mit sicherheitspolitischen Akteur*innen unablässig. [Leerzeichen] Dabei sollten wir mit diesen in den Dialog treten, aus linker Perspektive kritisch begegnen und

Begründung

Der ursprüngliche Antrag behandelt außenpolitische Themen, die gemäß föderaler Strukturen hauptsächlich auf Bundesebene diskutiert und entschieden werden. Als Landesverband haben wir keine direkten Einflussmöglichkeiten auf die Außenpolitik, weshalb entsprechende Positionierungen und deren Ausarbeitung primär im Bundesverband stattfinden.

Unsere Mitwirkung in diesem Themenfeld beschränkt sich überwiegend auf Resolutionen zu spezifischen Ereignissen. Die inhaltliche Auseinandersetzung erfolgt in den dafür vorgesehenen Debattenformaten des Bundesverbandes, die gleichzeitig unsere politische Bildungsarbeit in diesem Bereich prägen. Als Landesverband führen wir daher keine separaten, eigenständigen außenpolitischen Debatten.

Der Landesvorstand begrüßt ausdrücklich, wenn Mitglieder aus Niedersachsen die bundesweiten Angebote – wie zuletzt beim Frühjahrskongress in Gelsenkirchen oder bei thematischen Fachforen – wahrnehmen und sich dort intensiv mit den bestehenden Beschlusslagen und Positionierungen auseinandersetzen.